



# HESSISCHER LANDTAG

17. 10. 2022

SIA

## Dringlicher Berichtsantrag

### **Christiane Böhm (DIE LINKE), Petra Heimer (DIE LINKE) und Fraktion Drohende Schließung der Geburtsstation der Lahn-Dill-Kliniken in Dillenburg**

Im zweiten Quartal 2022 wurde über Medienberichte öffentlich, dass die Absicht besteht, die Geburtsstation der Lahn-Dill-Kliniken am Standort Dillenburg ersatzlos zum Jahresende 2022 zu schließen. Ein entsprechender Beschluss im Aufsichtsrat konnte glücklicherweise durch öffentliche Proteste und Interventionen im Kreistag zunächst verhindert werden. Als Begründung der Initiative zur Schließung wurde ausgeführt, dass die bisherige fachärztliche Absicherung im Rahmen eines Belegarztmodells nicht mehr gewährleistet sei. Dem widersprach eine der Belegärztinnen öffentlich.

Aus Klinikkreisen wird deshalb vermutet, dass die Geburtsstation aus anderen, insbesondere finanziellen Erwägungen die Schließung droht. Andere Alternativen als das Belegarztsystem seien nicht ernst vorangetrieben oder geprüft worden. Gleichzeitig gibt es große Befürchtungen vor Ort in Folge drohender Schließung, beginnend bei der Versorgung Schwangerer bis hin zu einer schleichenden Aufgabe des Standorts Dillenburg allgemein.

Die Versorgung Schwangerer und Gebärender in anderen Kliniken sei nicht ausreichend gewährleistet. Die Kliniken in Wetzlar und Siegen, die nach Einschätzung der Landesregierung den Hauptteil der Geburtsbetreuung übernehmen müssten (vgl. Drs. 20/8868), seien auf die zusätzlichen Geburten überhaupt nicht eingestellt, wird aus der Region gemeldet. Auch der Rettungsdienst fürchtet Kapazitätsengpässe durch längere Fahrtwege und gegebenenfalls mehr Geburten in Rettungsmitteln und eine dadurch sinkende Versorgungsqualität für Gebärende und Neugeborene. Eine tatsächliche Einhaltung der gesetzlichen Rettungszeiten wird teils als unrealistisch eingeschätzt. Eine Gefährdung Schwangerer könnte so auch durch verlängerte Anfahrten in Notfällen eintreten.

Durch die Schließung der Geburtsstation werden seitens der Beschäftigten auch eine mittelfristige Gefährdung des Standorts gesehen. Fachärztliche Weiterbildungen (etwa in Anästhesie und Chirurgie) seien durch das fehlende Behandlungsspektrum der Geburtsstation gefährdet. Der Standort Dillenburg könnte bedingt durch die Schließung auch an Attraktivität für Nachwuchskräfte der eigenen Krankenpflegeschule in Wetzlar verlieren.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Einschätzung hat die Landesregierung zu einer möglichen Schließung der Geburtsstation der Lahn-Dill-Kliniken, Standort Dillenburg?
2. Wie bewertet die Landesregierung eine Schließung der Geburtsstation der Lahn-Dill-Kliniken, Standort Dillenburg, mit Blick auf die Versorgungssicherheit Schwangerer, die Wahlfreiheit und die wohnortnahe Versorgung?
3. Wie bewertet die Landesregierung die drohende Schließung mit Blick auf die Festlegungen gemäß der Krankenhausplanung 2020?
4. Welche Alternativen zu einer Schließung wurden nach Kenntnis der Landesregierung erwogen und ggf. aus welchen Gründen verworfen?
5. Kann bei einer Schließung der Geburtsstation am Standort Dillenburg sichergestellt werden, dass in den Ausweichkliniken ausreichend personelle, räumliche und sachliche Voraussetzungen für die zusätzlichen Geburten existieren?
6. Gibt es hierzu insbesondere länderübergreifende Gespräche mit dem Klinikstandort Siegen bzw. den verantwortlichen Stellen in Nordrhein-Westfalen?

7. Inwieweit können die Rettungszeiten sichergestellt werden, insbesondere bei Schwangeren, die in einer medizinischen Notlage sind?  
Auf welche Berechnungen stützt sich die Landesregierung bei ihrer Einschätzung?
8. Wie schätzt die Landesregierung eine Gefährdung Schwangerer und Neugeborener durch längere Rettungswege ein?
9. Welche Investitionsmittel sind seitens des Landes Hessen in den vergangenen zehn Jahren an den Standort Dillenburg geflossen, die im Zusammenhang mit der Geburtsstation standen?
10. Welche indirekten Auswirkungen sieht die Landesregierung durch eine mögliche Schließung der Geburtsstation auf weitere Bereiche des Klinikstandorts Dillenburg?
11. Ist aus Sicht der Landesregierung eine Förderung der Schließung der Geburtsstation in Dillenburg aus dem Krankenhausstrukturfonds II möglich?  
Gab es diesbezügliche Anfragen oder Gespräche mit der Kreisverwaltung oder den Lahn-Dill-Kliniken?
12. Wird die Landesregierung ggf. eine Förderung der Schließung aus dem Krankenhausstrukturfonds II befürworten?
13. Sollte es zu einer Schließung zum Jahresende kommen: Sieht die Landesregierung die Möglichkeit ein alternatives Angebot (bspw. ein Hebammen-geführtes Geburtshaus) zu etablieren?  
Welche Förderungen wären dafür ggf. möglich?

Wiesbaden, 14. Oktober 2022

**Christiane Böhm**  
**Petra Heimer**

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Elisabeth Kula**